

## INHALT

1. SPD-Fraktion stimmt gegen Position ihres Spitzenkandidaten Torsten Albig zum Denkmalschutz
2. Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte beschlossen
3. Gute Zusammenarbeit von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein
4. Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze sind aktive Armutsbekämpfung
5. CDU-Fraktion gegen staatlich verordnetes Familienmodell

14.12.2011

### **SPD-Fraktion stimmt gegen Position ihres Spitzenkandidaten Torsten Albig zum Denkmalschutz Neues Denkmalschutzgesetz schafft angemessenen Interessenausgleich**

Nach intensiven Beratungen haben CDU und FDP ihr neues Denkmalschutzgesetz in der heutigen Landtagssitzung beschlossen. CDU-Kulturpolitiker Wilfried Wengler betonte, im Rahmen der Parlamentsbefassung seien zahlreiche Klarstellungen und Ergänzungen erfolgt. Dies gelte unter anderem für den Umgebungsschutz, den Schutz von Garten- und Parkanlagen, Ordnungswidrigkeiten, Straftatbestände und Enteignungsverfahren.

Alle Veränderungen und Ergänzungen im Verlauf des parlamentarischen Verfahrens zeigten eindeutig, dass die Koalitionspartner dem besonderen Schutzbedürfnis der Stätten des Kulturerbes Rechnung trügen.

Wengler brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass jedem, der mit dem Erhalt und der Pflege eines Kulturdenkmals betraut ist, die kulturelle und auch wirtschaftliche Bedeutung bewusst sei. Insofern spiegle das Gesetz notwendige Kompromisse wider und lege durch den Verzicht auf manche bisherige Reglementierungen einen Teil der Verantwortung für die Pflege unseres kulturellen Erbes in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.

„Denn die Attraktivität unseres Landes, nicht nur die touristische, wird zu einem guten Teil geprägt von unseren vielfältigen Kulturlandschaften, den Schlössern und Herrenhäusern, den Garten- und Parkanlagen, den historischen Grabungsstätten und vielem mehr“, so der Kulturpolitiker.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen forderte die SPD in der Debatte auf, ihre Position zum Denkmalschutz zu klären. Denn der durch die SPD-Fraktion eingebrachte eigene Gesetzentwurf sah mehrere für den Denkmalschutz zuständige Ebenen vor. Demgegenüber hatte SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig mehrfach eine Denkmalschutzstruktur mit nur einer

zuständigen Ebene gefordert. Im Schleswig-Holstein Magazin vom 08. August 2011 hatte Albig sogar gefordert, den Denkmalschutz auf die Kreisebene zu übertragen. SPD-Kulturpolitiker Hans Müller hatte in seiner Landtagsrede anlässlich der ersten Lesung des Denkmalschutzgesetzes den Kreisen jedoch die Kompetenz dafür abgesprochen.

„Wenn die gesamte SPD-Fraktion bei konkreten Gesetzesvorhaben andere Dinge fordert, als ihr Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl, dann ist das schlicht unglaublich. Dass trotz meiner Aufforderung kein SPD-Redner auf diesen Widerspruch eingegangen ist, zeigt die große inhaltliche Uneinigkeit zwischen der von SPD-Landeschef Stegner geführten Fraktion und ihrem Spitzenkandidaten“, so Callsen.

Die SPD sei aufgefordert, ihre Position zu klären, betonte der CDU-Fraktionschef: „Dieses Beispiel macht allerdings deutlich, weshalb der Wahlprogrammentwurf der Sozialdemokraten lediglich 27 Seiten hat. Mehr Gemeinsamkeiten haben sie nicht gefunden“, so Callsen abschließend.

Den Gesetzentwurf von CDU und FDP finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1617.pdf>

Den Gesetzentwurf der SPD finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0000/drucksache-17-0088.pdf>



Wilfried Wengler, MdL

---

## **Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte beschlossen** **Überschuldete Kommunen erhalten zusätzliche Hilfen**

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde heute das Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte beschlossen. Neunzig Prozent der Kommunalschulden in Schleswig-Holstein konzentrieren sich auf insgesamt achtzehn Gebietskörperschaften. Zu diesen gehören die vier kreisfreien Städte, sieben von elf Kreise sowie sieben weitere Kommunen. Insgesamt 95 Millionen pro Jahr werden bereitgestellt, um diesen beim Abbau ihrer Altschulden zu helfen. Für die CDU-Fraktion begrüßte Astrid Damerow, dass Konsolidierungshilfen und Fehlbetragszuweisungen keine „kommunizierende Röhren“ seien. „Nicht benötigte Gelder fließen zurück in die allgemeine Schlüsselmasse und stehen damit allen Kommunen zur Verfügung. Dies verstehen wir auch als Anerkennung der großen Solidarleistung unserer Kommunen“, so Damerow. Dem Landtag würden die mit den betreffenden Kommunen zu schließenden Konsolidierungsverträge vorab zur Prüfung vorgelegt – „damit wir uns zum Anwalt unserer kommunalen Gliederungen machen können.“

Damerow begrüßte, dass die im Rahmen der Anhörung befragten Kommunen das Gesetz ganz überwiegend positiv sehen würden. Dies gelte auch für alle kreisfreien Städte – leider mit Ausnahme der Landeshauptstadt Kiel, deren Oberbürgermeister offensichtlich auf der Basis von unrichtigen Zahlen argumentiert habe.

Das Gesetz könne den betroffenen Kommunen helfen, aufgelaufene Defizite abzubauen und eigene Gestaltungsspielräume zurück zu gewinnen. Wichtig sei, dass die Kommunen, die in den Genuss von Konsolidierungshilfen kommen, sich gleichzeitig in Verträgen mit dem Land dazu verpflichten müssen, ihre Defizite konsequent abzubauen. „Dies sind sie auch jenen kommunalen Gliederungen schuldig, die sie durch ihre Solidarbeiträge beim Altschuldenabbau unterstützen.“

CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies in einem Debattenbeitrag nach, dass die in der Anhörung durch Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig aufgestellte Behauptung, Kiel käme durch das Gesetz vielleicht sogar schlechter davon als vorher, auf der Verwendung falscher Zahlen beruhe. Hätte Albig die – laut offiziellen Dokumenten der Stadt Kiel zum Zeitpunkt der Anhörung bereits vorliegenden – korrekten Zahlen verwendet, hätte er diese Behauptung nicht begründen können.

Den Gesetzentwurf finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1868.pdf>



Astrid Damerow, MdB

---

## **Gute Zusammenarbeit von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein Minderheitenbericht der Landesregierung im Landtag**

In der heutigen Plenarsitzung diskutierte das Parlament die Fortschreibung des Minderheitenberichts aus dem Jahr 2007. Die minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Susanne Herold, bezeichnete den Bericht als ebenso umfassendes wie kompetentes Nachschlagewerk und gute Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit.

Von einem historisch betrachtet anfangs spannungsreichen Nebeneinander habe sich das Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu einem vorbildlichen Miteinander entwickelt. „Für uns ist über alle Fraktionen hinweg die politische Teilhabe der Minderheiten eine Selbstverständlichkeit geworden und darauf können wir Schleswig-Holsteiner stolz sein“, betonte Herold.

Die gesellschaftliche Bedeutung und Teilhabe der Minderheiten sei in der jüngsten

Vergangenheit immer wieder durch gemeinsame Projekte hervorgehoben und weiterentwickelt worden. Beispielhaft nannte Herold die Kompetenz-Analyse zu „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ oder die Aufstellung des Idstedt-Löwen in Flensburg als Zeichen eines friedvollen Miteinanders, sowie die Aufstellung zweisprachiger Orts- und Hinweisbeschilderung. Der bereits zum vierten Mal vereinbarte Arbeitsplan zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark, der in diesem Jahr die Hochschulvernetzung und das Zusammenwirken im Gesundheitswesen als Schwerpunkt beschreibe, gehöre ebenso dazu, wie die gemeinsame Bewerbung Sonderburgs mit der gesamten Region zur Kulturhauptstadt 2017.

Seitens der Opposition – insbesondere des SSW – wurde erneut die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgenommene Kürzung der Schülerkostensätze für dänische Schüler thematisiert. Herold betonte, die CDU-Fraktion werde sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Bund die für die Jahre 2011 und 2012 getragenen 3,5 Millionen für den dänischen Schulverein auch zukünftig zur Verfügung stellt.

“Wir landen damit bei einer Förderquote von 96% und das könnte in Zeiten einer derart angespannten Haushaltslage des Landes auch einmal anerkannt werden“, so Herold.

Die CDU-Abgeordnete warnte davor, die Unterstützung der Minderheiten im Lande quasi nur auf die finanzielle Ausstattung allein zu reduzieren. Sie wies darauf hin, dass es erste Sparrunden für die dänischen Schulen bereits Ende der 90-iger Jahre gegeben habe. Die damalige Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ute Erdsiek-Rave, habe die Kürzungen für die Minderheiten 1997 mit folgender Aussage gerechtfertigt: „Eine Ausnahme für die Minderheiten von den geplanten Kürzungen würde Neid bei anderen Organisationen und in der Mehrheitsbevölkerung hervorrufen“. Vor diesem Hintergrund sei die heutige Kritik insbesondere der SPD scheinheilig.

Den Bericht der Landesregierung finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2000/drucksache-17-2025.pdf>



Susanne Herold, MdL

---

## **Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze sind aktive Armutsbekämpfung Armuts- und Reichtumsbericht im Landtag diskutiert**

Deutlich unterschiedliche Ansätze der Parteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik brachte heute die Debatte zum Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu Tage. So forderten SPD und LINKE einmal mehr einen

flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, die LINKE sprach sich für eine flächendeckende kostenfreie Ganztagsbetreuung in KiTas und Krippen und eine Abschaffung von Hartz IV aus.

CDU-Redner Hans Hinrich Neve betonte dagegen die Bedeutung von Wirtschaftswachstum und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen als aktive Armutsbekämpfung. So sei die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Schleswig-Holstein aufgrund der guten Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der CDU-geführten Landesregierung seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 von ca. 55.000 auf 26.600 gesunken.

Neve lenkte die Aufmerksamkeit auf das Problem der Überschuldung insbesondere junger Volljähriger. „Überschuldung ist das Einfallstor zur Armut, wie es im Bericht heißt. Erschreckend ist dabei, dass eine mangelnde Finanzkompetenz sowie eine Überschätzung der eigenen finanziellen Möglichkeiten in diese Situation führen.“

Eine Ende September veröffentlichte Untersuchung der Koordinationsstelle für Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein habe ergeben, dass bereits Jugendliche unter 18 Jahren „wenig Wissen über Geld und Schulden“ besitzen. Bereits rund 70 Prozent der unter 30-Jährigen empfinden es laut SCHUFA Kreditkompass 2011 als kompliziert, ihre eigenen Finanzen im Griff zu behalten. „Für mich ist das eine sehr bedenkliche Aussage. Immerhin ist eine unwirtschaftliche Haushaltsführung laut dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung einer der vier häufigsten Gründe für Überschuldung. Wir müssen die Finanzkompetenz stärken!“, war die klare Forderung des CDU-Politikers aus dem Bericht.

Den Armuts- und Reichtumsbericht finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1850.pdf>



Hans Hinrich Neve, MdL

---

### **CDU-Fraktion gegen staatlich verordnetes Familienmodell Grüner Antrag zur Verhinderung des Betreuungsgeldes abgelehnt**

Zum wiederholten Male versuchte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in dieser Plenartagung, die Landesregierung zu einem Vorgehen gegen das auf Bundesebene beschlossene „Betreuungsgeld“ zu verpflichten. CDU und FDP lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit ab.

Für die CDU-Fraktion machte deren familienpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann deutlich, dass es kein staatlich verordnetes Familienmodell geben dürfe. Der Grüne Antrag vernachlässige völlig, dass die meisten Kinder im Alter bis zu drei Jahren von einem Elternteil

zu Hause erziehen würden. „Selbst in Großstädten betreuen mehr als die Hälfte aller Eltern ihre Kinder in den ersten drei Jahren selbst. Und im ländlichen Bereich sind es aktuell mehr als zwei Drittel“, stellte Rathje-Hoffmann klar.

Die Möglichkeit zur Wahlfreiheit für die Familien werde im Grünen Modell nicht berücksichtigt. Die Wertschätzung des weitaus häufigsten Lebensmodells, in dem die Eltern sich selbst um die Erziehung und das Aufwachsen ihrer Kinder in der frühen Phase ihrer Entwicklung kümmern, fehle völlig.

„Wir sind weder gegen das Modell der Betreuung der Kinder in Krippen oder in der Tagespflege, noch sind wir gegen die Betreuung unserer Jüngsten durch die Eltern. Wir sind für die Wahlfreiheit der jungen Eltern und wir unterstützen beide Betreuungsformen“, betonte die CDU-Abgeordnete.

Rathje-Hoffmann stellte nicht in Abrede, dass gerade Alleinerziehende dringend eine verlässliche und qualitativ hochwertige Betreuung für ihre Kinder benötigten. Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein seien seit vielen Jahren kontinuierlich dabei, die steigenden Betreuungsbedarfe zu decken, um die gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. „Wir tragen aber auch Verantwortung gegenüber den Eltern, die es vorziehen, in den ersten Lebensjahren ihre Kinder selbst zu betreuen. Wir unterstützen diese Entscheidung und wir stehen für die echte Wahlfreiheit“, begründete Rathje-Hoffmann die Ablehnung des Grünen Antrages.



Katja Rathje-Hoffmann, MdB

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)